

Grüne Internationale

Wie steht es um die Atomkraft im Rest der Welt? Eine Industrienation und ein Schwellenland im Vergleich

No change mit Obama

Tausend neue Atomkraftwerke forderte Präsident Nixon 1973 angesichts steigender Benzinpreise durch das Ölembargo. Und die weltweite Anti-Atomkraft-Bewegung nahm ihren Anfang. Heute findet man in den USA lediglich 104 Reaktoren, für den aktuellen Amtsinhaber Obama anscheinend nicht genug. Er sieht in der „sauberen“ Atomkraft die Energiequelle der Zukunft. Gerade erst stellte der Kongress den Energiekonzernen zusätzliche Bürgschaften in Milliardenhöhe in Aussicht, um den Bau neuer Kraftwerke voranzutreiben. Doch auch die Gegenseite erhielt Auftrieb. Im April protestierten tausende Jugendliche in Washington für einen „power shift“ hin zu erneuerbaren Energien. Mehr als 35 Anti-AKW-Bündnisse sind über das ganze Land verteilt, die meisten agierten jedoch nur lokal, meint Jürgen Knirsch von Greenpeace Deutschland. Sharon Tracy von Clamshell Alliance kämpft seit Jahren für die Abschaltung des AKWs Vermont Yankee in New Hampshire. „Es ist ein enormer Verdienst der damaligen AktivistInnen, dass

USA Die Regierung hält die Atomkraft für alternativlos – Anti-AKW-Bündnisse erleben ihre Renaissance

nach 1973 keine AKWs mehr gebaut wurden.“ Nun sei es an der Zeit, vollständig aus der Atomkraft auszusteigen, sagt sie. Die Mehrheit der Bevölkerung sieht das nicht so: Zwar sank die Zustimmung für Atomkraft nach Fukushima dramatisch, doch laut der Tageszeitung USA Today sehen 53 Prozent die Energiesicherheit bei einem sofortigen Ausstieg gefährdet. „Die AmerikanerInnen lernen nur langsam“, sagt Scott McLarty von der Green Party. Nach der großen Protestwelle in den 70ern und 80ern seien die Risiken der Atomtechnik wieder in Vergessenheit geraten. Die Menschen würden nur bedingt die Folgen von Reaktorkatastrophen wie Fukushima bedenken.

Und auch Obama habe die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Die US-Regierung will eine günstige und zuverlässige Energieversorgung nicht aufs Spiel setzen. Der Umsturz der Verhältnisse in den arabischen Ländern führte zu Preisanstiegen an den Zapfsäulen. Für Obama ein triftiger Grund, die Abhängigkeit vom Öl zu reduzieren. Bis 2020 sollen vier neue Reaktoren gebaut werden. Auch Laufzeitverlängerungen für ältere Kraftwerke, wie etwa das 40 Jahre alte Vermont Yankee, stehen im Raum. Ein wichtiges Argument gegen den sofortigen Umstieg auf erneuerbare Energien ist die Zeit, die für diesen notwendig sei. Amerikanische EnergieexpertInnen schätzen, dass diese Umstellung wohl mehrere Jahrzehnte dauern dürfte. Scott McLarty sieht das anders: „Man braucht keine Ewigkeit, um die Energieversorgung umzustellen. Das Problem ist, dass es wohl noch eine Generation dauern wird, bis die AmerikanerInnen anfangen, umzudenken.“

MARCUS GOOSSENS,
ALEXANDRA HUBER



Nach Fukushima hoffen DemonstrantInnen auf einen Richtungswechsel in der Energiepolitik - bislang vergebens

Wissenswertes
■ **USA:**
Bevölkerungsgröße: 318 Millionen
BIP: 14 Billionen US-Dollar (2009)
Anzahl der Atomreaktoren: 104
Strom aus Atomenergie: 20 Prozent
Ältestes AKW noch im Betrieb: R.E. Ginna, seit 1969
Haushalte ohne Strom: weniger als 1 Prozent
Pläne: Bau von 4 Reaktoren
Erneuerbare: 8,2 Prozent
■ **Indien:**
Bevölkerungsgröße: 1,2 Milliarden
BIP: 1 Billion US-Dollar (2009)
Anzahl der Atomreaktoren: 19
Strom aus Atomenergie: 3 Prozent
Ältestes AKW noch in Betrieb: Tarapur, seit 1969
Haushalte ohne Strom: 35 Prozent
Pläne: Bau des weltgrößten AKWs in Jaitapur
Erneuerbare: 25 Prozent Wasserkraft



StudentInnen protestieren in Mumbai gegen den Bau des weltgrößten AKW in Jaitapur Fotos: dapd

Kein grünes Indien

INDIEN Widerstand gegen die Atom- und Energiepolitik der Regierung ist selten

In Indien geht oft das Licht nicht an. Ein großer Teil der Bevölkerung hat keinen Strom: 35 Prozent der Haushalte, hauptsächlich auf dem Land, sitzen im Dunkeln. Um das Problem zu lösen, setzt die indische Regierung auf Kohle- und Atomstrom sowie zu einem kleinen Teil auf erneuerbare Energien. Um letztere kümmern sich eigens dafür ins Leben gerufene Ministerien. Trotz dieses Energiemixes baut die Regierung das größte Atomkraftwerk der Welt in Jaitapur. Es hat sechs Reaktoren und soll 9.900 Megawatt Leistung produzieren. Der Bau verzögert sich durch massive Proteste, ein Ende der Bauarbeiten steht noch nicht fest. Auch der Umweltminister Jairam Ramesh steht dem Projekt kritisch gegenüber. Eine weitere wichtige Form der Stromgewinnung sind die 4.300 Staudämme. Indien gewinnt dadurch 25 Prozent seiner Energie und kann Brachland für zusätzliche 20 Millionen Menschen landwirtschaftlich nutzbar machen. In der Wüste Rajasthan wird das erste solarthermische Kraftwerk Asiens errichtet, um 300 Sonnentage pro Jahr nutzen zu können. Eine kleine grüne Bewegung, die mit der deutschen noch längst nicht vergleichbar ist, formiert sich, sagt der Autor Rainer Hörig. Viele Bauern wohnen in der Nähe des Atomkraftwerkes in Jaitapur und befürchten, dass sie durch dessen Bau umgesiedelt werden. „Technokraten und Intellektuelle beginnen sich jetzt

nach den Ereignissen in Fukushima mit dem Thema Atomkraft und Endlager auseinanderzusetzen. Angesichts der großen Bevölkerung Indiens handelt es sich hierbei allerdings um eine Minderheit“, sagt Hörig, der bereits seit 20 Jahren in Indien lebt. „In der breiten Bevölkerung ist die Atomenergie eine Sache des nationalen Prestiges, diese komplizierte und teure Technik zu beherrschen. Darauf sind die meisten Inder sehr stolz“, berichtet Hörig. Zwei große Organisationen setzen sich dennoch für eine nachhaltige und gerechte Entwicklung ein: das Centre for Science and Environment (CSE) und TERI, der auch der Friedensnobelpreisträger Rajendra Pachauri angehört. Er engagiert sich für den Schutz und die Nutzung der Wasserreserven. Die sollen so genutzt werden, dass die Bevölkerung daran teil hat. Seit dem 1. April dieses Jahres gibt es ein neues Energieeffizienzgesetz, dass Unternehmen, die zuviel Strom verbrauchen, bestraft, und solche fördert, die besonders stromsparend arbeiten. Ist eine ökologische Bewegung in Indien dennoch denkbar? „Das Thema Atomkraft wird nicht öffentlich debattiert“, sagt Hörig. Trotzdem protestieren einige. „In Deutschland hat es auch 40, 50 Jahre gedauert, bis eine Mehrheit der Bevölkerung sich dagegen ausgesprochen hat, und in Indien wird es wohl genauso lange dauern.“

MATTHIAS ANDERS,
JENNIFER WARZECHA

INDIEN UND USA VERWEIGERN SICH DEM GRÜNEN WANDEL

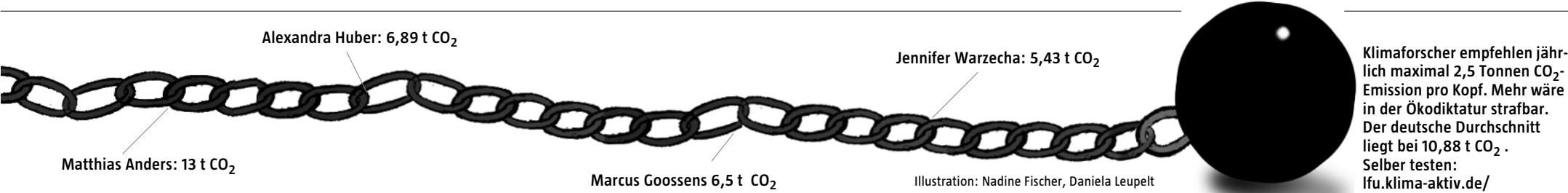
Der Energie zuliebe!

Auf den ersten Blick erscheint es nachvollziehbar, dass sowohl Indien als auch die USA an der Atomenergie festhalten. Die USA als Industrienation wollen ihre Energiesicherheit nicht aufs Spiel setzen. Der Umstieg auf erneuerbare Energien käme da nur ungelegen, er ist unsicher und kostspielig. Indien hat als aufstrebendes Schwellenland großes Interesse daran, durch den Ausbau der Atomkraft seinen immens steigenden Energiebedarf zu decken. Hinzu kommt, dass bei einem explodierenden Bevölkerungswachstum noch immer 35 Prozent der

KOMMENTAR VON
MARCUS GOOSSENS UND ALEXANDRA HUBER
Haushalte ohne Strom auskommen müssen. Jedoch verkennen beide Länder sowohl die Risiken dieser gefährlichen Technik als auch die wirtschaftlichen Chancen der erneuerbaren Energien. Nicht nur die weltweit ungelöste Endlagerfrage könnte die beiden Nationen eines Tages teuer zu stehen kommen. Indien müsste die Interessen seiner Bevölkerung besser im

Blick haben, die zum großen Teil auf dem Land lebt. Indem Indien weiterhin Kohle verbrennt, Staudämme und das größte Atomkraftwerk der Welt baut, zieht die Regierung immer mehr Unmut auf sich. Eine dezentrale Energieversorgung mit Solarpanels würde viele Lücken im Stromnetz schließen und so die Lebenssituation vieler Menschen verbessern. Zwar gibt es ein Ministerium für erneuerbare Energien, dennoch wird das Energiepotenzial, unter anderem die Energie von 300 Sonnentagen im Jahr, nicht ausreichend genutzt.

Die USA könnten ihr dahinsiechendes Wirtschaftswachstum durch Investitionen in neue Arten der Energiegewinnung ankurbeln. Ein politisches Umdenken hat jedoch bislang nicht stattgefunden. Mit der Wahl Obamas erhofften sich zwar gerade die AtomkraftgegnerInnen einen Umschwung. Doch die zahlreichen Aktionsbündnisse vermögen es nicht, ihre Kräfte zu bündeln und vereint aufzutreten. Nur dann hätten sie eine Chance, eine vom Obama-Change müde Bevölkerung von einer echten Energiewende zu überzeugen.



Klimaforscher empfehlen jährlich maximal 2,5 Tonnen CO₂-Emission pro Kopf. Mehr wäre in der Ökodiktatur strafbar. Der deutsche Durchschnitt liegt bei 10,88 t CO₂. Selber testen: ifu.klima-aktiv.de/